

Frank Bsirske/Klaus Dörre/  
Jeanne Chevalier/ Andrea Ypsilanti u.a.

VSA:



Demokratisch, friedlich, ökologisch,  
feministisch, solidarisch

Herausgegeben von  **attac**

Frank Bsirske/Klaus Dörre/  
Jeanne Chevalier/Andrea Ypsilanti u.a.  
Ein anderes Europa ist möglich

Vom 5. bis 7. Oktober 2018 fand in der Universität Kassel der Europa-Kongress von Attac statt, dessen zentrale Diskussionsergebnisse und darüber hinausgehende Überlegungen in diesem Band nachzulesen sind. Im Programmheft hatte die Vorbereitungsgruppe den folgenden Text vorangestellt:

»In Europa geht es turbulent zu, die EU befindet sich seit zehn Jahren im Krisenmodus, der Rechtspopulismus erstarkt in vielen Ländern, Grenzen werden nicht mehr eingerissen, sondern die ›Festung Europa‹ gegen Menschen auf der Flucht abgesichert. Die sich latent verschärfende Konfrontation mit Russland verunsichert ebenso wie Aufrüstungspläne. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden, wenn überhaupt, nur zögerlich angegangen.

Wir meinen: Ein anderes, demokratisches, soziales, feministisches, klimagerechtes und friedliches Europa ist möglich.

Aber wie soll das andere Europa gestaltet, wie die EU verändert werden? Mit dieser Frage wollen wir uns auf dem Kongress intensiv beschäftigen – denn gleichzeitig gibt es auch viele mutmachende und hoffnungsvolle Ansätze, ein anderes Europa mit Leben zu füllen. Wir wollen uns solidarisch über die vielfältigen Kämpfe, Widerstände und alternativen Ansätze zur Verwirklichung dieser Vision austauschen: Warum nützt die aktuelle Politik in Europa und insbesondere in der EU nur den Mächtigen und Reichen und nicht den Vielen? Welche Alternativen von einem Guten Leben für Alle setzen wir ihr entgegen? Wie und mit wem wollen wir die Europäische Union und ganz Europa verändern? Dabei sollen unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert werden, wie etwa ›Mehr Europa, aber anders‹, ›Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‹ bis hin zum partiellen Bruch der EU-Verträge. Dabei lenken wir den Blick auf das, was Differenzen überbrückt und wo sich Schnittstellen für gemeinsame Forderungen und politische Kampagnen ergeben, ganz im Sinne einer Mosaiklinken.

Wir freuen uns auf interessante und lebhaftes Diskussionen.«

Frank Bsirske/Klaus Dörre/  
Jeanne Chevalier/Andrea Ypsilanti u.a.

## **Ein anderes Europa ist möglich**

Demokratisch, friedlich, ökologisch,  
feministisch, solidarisch

Herausgegeben von Attac

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

**[www.ein-anderes-europa.de](http://www.ein-anderes-europa.de)**

**[www.attac.de](http://www.attac.de)**

Der Kongress wurde veranstaltet von Attac Deutschland und dem Fachgebiet »Globalisierung und Politik« am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Bunt und vielfältig wie die Themen war auch die Liste der Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Initiative »Europa neu begründen«, Initiative »Eurexit«, Bündnis »Friedensratschlag«, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V. (hbs), Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), Institut Solidarische Moderne (ISM), Netzwerk »Lexit« (Left Exit), Linksjugend solid, Online-Magazin »Makroskop«, NGO »Mehr Demokratie«, Otto Brenner Stiftung (OBS), Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), Zeitschrift »Sozialismus.de«, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), VSA: Verlag, Bürgerbewegung »WeMove Europe – Wir bewegen Europa« (WeMove.EU).

Redaktion der Buchveröffentlichung:

Dani Dörper (Attac-Rat), Thomas Eberhardt-Köster (Attac-Koordinierungskreis), Steffen Stierle (Lexit-Netzwerk), Siegfried Müller-Maige (Attac Frankfurt a.M.) und Gerd Siebecke (VSA: Verlag)

Die Fotos bei den Kapitel-Eröffnungen stammen von Arno Behlau, Stephanie Handtmann und Bodo Pallmer. Weitere Fotoimpressionen vom Kongress unter [www.ein-anderes-europa.de/impressionen/](http://www.ein-anderes-europa.de/impressionen/)

© VSA-Verlag 2019, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbinderarbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-89965-844-6

# Inhalt

Einleitung ..... 9

## Kapitel 1

**EUropa – zwischen Verfall und Neubau** ..... 11

Peter Wahl

**Zu einigen grundlegenden Aspekten der europapolitischen Diskussion** ..... 12

Costas Lapavistas

**Die Linke im Konflikt mit der Europäischen Union** ..... 23

Samir Amin

**Die programmierte Implosion des europäischen Systems** ..... 31

## Kapitel 2

**Ein anderes Europa ist möglich!  
Ist eine andere EU möglich?** ..... 41

Joachim Bischoff

**Hat Europa eine Zukunft?** ..... 47

Steffen Stierle

**Die EU – ein neoliberales Projekt** ..... 57

Jeanne Chevalier

**Plan A und Plan B in Europa** ..... 63

Frank Bsirske

**Die Pläne zur notwendigen Reform der Eurozone –  
und die Gründe ihres vorläufigen Scheiterns** ..... 65

## Kapitel 3

**Europa – Sozial, Demokratisch,  
Ökologisch, Feministisch?** ..... 75

Annelie Buntenbach

**Für ein Soziales Europa!** ..... 79

Andreas Fisahn

**Lässt sich das Demokratiedefizit der EU beheben?** ..... 87

Achim Heier  
**Der lange Weg zu einem ökologischen Europa** ..... 96

Katrin Wagner/Carolin Mauritz  
**We still have to protest this sh\*\*?!  
Reproduktive Rechte in Europa** ..... 102

**Kapitel 4  
Wirtschaft und Währung** ..... 109

Lisa Mittendrein  
**EU – Die Entzauberte Union** ..... 113

Martin Höpner  
**Die Wucht der Binnenmarktfreiheiten  
als Problem von »zu viel Europa«** ..... 119

Friederike Spiecker  
**Ohne grundlegende Änderung des Regelwerks der EWU  
hat der Euro seinen Zenit überschritten** ..... 126

Axel Troost  
**Wohin treibt Europa?** ..... 135

Fritz W. Scharpf  
**Ein Ausweg aus der Sackgasse** ..... 143

**Kapitel 5  
Militarisierung in Europa** ..... 149

Veronika Sušova-Salminen  
**Warum brauchen wir eine integrative  
Sicherheitsarchitektur in Europa?** ..... 152

Kai Ehlers  
**Will Russland Europa schwächen?** ..... 157

Walter Listl  
**Europa wird zu einer tödlichen Gefahr,  
wenn es nicht entmilitarisiert wird** ..... 162

Ursula Schumm-Garling  
**Die Militarisierung Europas schreitet voran** ..... 167

<b>Kapitel 6</b>	
<b>Rechtsruck in der EU</b> .....	173
Cornelia Koppetsch	
<b>Rechtspopulismus als Klassenkampf?</b> .....	177
Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung	
Klaus Busch	
<b>Wachsender Rechtspopulismus in der EU</b> .....	187
Gefährdung des Integrationsprozesses	
Philip Manow	
<b>Populismus rechts und links,</b>	
<b>Nord und Süd, Ost und West</b> .....	198
Über Populismus, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Globalisierung	
Klaus Dörre	
<b>Migration, Populismus, Klassenpolitik</b> .....	208
Plädoyer für mosaiklinke Lösungen	
<b>Kapitel 7</b>	
<b>Für ein Gutes Leben</b>	
<b>in einer solidarischen Gesellschaft</b> .....	219
Alberto Acosta/Ulrich Brand	
<b>Die sozial-ökologische Transformation Europas</b> .....	223
Degrowth als radikaler Perspektivenwechsel und	
Angeregungen aus dem globalen Süden	
Andrea Ypsilanti	
<b>Gut leben in einem anderen Europa</b> .....	233
Seán Byers/Stiofán Ó Nualláin	
<b>Ein emanzipatorisches Europa</b> .....	239
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	251



# Einleitung

Seit dem Finanzcrash 2008 ist die EU im permanenten Krisenmodus. In allen politischen Lagern wird daher eine intensive Diskussion über Auswege geführt. Das Thema ist heiß umstritten, die Fronten verlaufen oft quer zu den traditionellen Grenzen – auch in der gesellschaftlichen Linken.

Vor diesem Hintergrund führte Attac zusammen mit dem Fachgebiet »Globalisierung und Politik« am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Uni Kassel am 5.-7. Oktober 2018 in Kassel den Kongress *Ein anderes Europa ist möglich* durch. Die Konferenz war ein Kooperationsprojekt mit zahlreichen Partnerorganisationen, darunter die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, die Initiative »Europa neu begründen«, die IG-Metall, das Institut Solidarische Moderne, das Online-Magazin »Makroskop«, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di. Mit über 600 Teilnehmern und Gästen aus einem Dutzend Ländern bot der Kongress im Sinne einer pluralistischen Mosaiklinken allen wichtigen europapolitischen Strömungen einen Debattenraum. Er übernahm damit über Attac hinaus eine wichtige Funktion zur konstruktiven Bearbeitung von Kontroversen.

Bei der Analyse der neoliberal-kapitalistischen Realität sind Linke oft nah beisammen. Dagegen sind die Konsequenzen, die sie daraus ziehen, also auch die Antworten auf konkrete Fragen, etwa zur Zukunft der EU und zu einem anderen Europa, oft unterschiedlich, manchmal sogar kontrovers. Dass zum ersten Mal seit Langem in Deutschland wieder Menschen aus einem so breiten linken Spektrum gemeinsam, kritisch, nach Lösungen suchend ihre Meinungen zur EU und zu Europa diskutiert haben, ist sicherlich bemerkenswert. Nicht unbedingt zu erwarten und auch nicht angestrebt war, dass alle aus diesem Kongress mit einer einheitlichen Meinung zu diesen Themen herausgehen. Aber es wurden Argumente ausgetauscht, einander zugehört und es wurde vereinbart, weiter miteinander im Gespräch zu bleiben.

Mit dem vorliegenden Band wird die Diskussion weitergeführt. Es handelt sich nicht um eine Kongressdokumentation im engeren Sinne. Neben Beiträgen, die Podiumsteilnehmer beige-steuert haben, gibt es auch Texte, die speziell für dieses Buch geschrieben wurden.

Auch mit diesem Band wird die Diskussion nicht abgeschlossen. Das kann nicht überraschen. Die Materie ist äußerst komplex und es gibt neben Altbekanntem auch viele neue Phänomene, die analytisch noch nicht ausreichend aufgearbeitet sind. Insofern werden auch hier wieder kontroverse Positionen sichtbar werden. Wir hoffen gleichwohl, dass sie die Debatte produktiv bereichern.

*Peter Wahl*

# Kapitel 1

## EUropa – zwischen Verfall und Neubau



*Peter Wahl* beschreibt in diesem Kapitel die gegenwärtige Lage der EU und greift Grundfragen der europapolitischen Diskussion auf, so z.B. den Unterschied zwischen EU und Europa. Er wirft einen Blick auf politisch unterschiedliche Tendenzen des Europa-Narrativs seit Ende des 18. Jahrhunderts, geht der Frage nach, ob die EU ein Friedensprojekt ist und thematisiert das heiß umstrittene Verhältnis von Nationalstaat und Supranationalität in der Linken.

*Costas Lapavistas*, Ökonom an der Londoner Universität, vertritt die Auffassung, dass der Neoliberalismus der EU als quasi genetische Eigenschaft eingeschrieben ist. Mit der Etablierung des Euro sei diese Orientierung vertieft und zementiert worden. Davon ausgehend bezweifelt er, dass die EU reformiert werden könnte, solange man sich an die Verträge hält. Eine linke Strategie müsse daher Alternativen sowohl zum Euro als auch zur EU insgesamt diskutieren.

Eine Perspektive aus dem globalen Süden kommt von *Samir Amin*. Der in Ägypten geborene Amin war eine der prominentesten Kritiker europäischer Politik. Er stand ursprünglich auf der Gästeliste für den Attac-Kongress. Er starb im Sommer 2018. Mit der Veröffentlichung eines Textes über Europa aus dem Jahr 2012 wollen wir diesem Denker und Kämpfer für die Emanzipation des globalen Südens eine letzte Ehre erweisen.

*Peter Wahl*

Peter Wahl

## **Zu einigen grundlegenden Aspekten der europapolitischen Diskussion**

Seit dem Finanzcrash 2008 ist die EU im permanenten Krisenmodus. Es kam Schlag auf Schlag: die Finanzkrise wuchs hinüber in die Eurokrise. Das autoritäre Krisenmanagement verschärfte mit gnadenloser Austerität die soziale Spaltung, am schlimmsten in Griechenland. Dann kamen Migrationskrise, Brexit, der Konflikt mit Polen und Ungarn. Die sogenannte *Hanseatic League*<sup>1</sup> blockiert offen die Vorschläge Macrons zur Stabilisierung der Eurozone. Die Bundesregierung macht das auch, aber diplomatischer. Die deutsch-französische Achse knirscht gewaltig. Jetzt kommt noch die Erosion des Verhältnisses zu den USA dazu. Und all das in einem inter-

---

<sup>1</sup> Die Hanseatic League ist eine informelle Gruppe neoliberaler Hardliner. Dabei sind u.a. die Balten, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Schweden.

nationalen Umfeld, das immer unübersichtlicher, komplexer und konfliktträchtiger wird.

Schon bei seinem Amtsantritt 2014 sprach deshalb Jean-Claude Juncker von der »Kommission der letzten Chance« und stellte zwei Jahre später fest: »Diesmal haben wir es mit einer Polykrise zu tun. Es brennt an allen Ecken und Enden – nicht nur an europäischen Ecken und Enden. Aber dort, wo es außerhalb Europas brennt, verlängert sich die Feuersbrunst nach Europa.«<sup>2</sup> Und der französische Staatschef Macron ergänzte: »Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es keine Situation von dieser Tragweite gegeben. Für jene die daran zweifeln oder glauben, sich dem entziehen zu können, klopft jetzt die Geschichte an die Tür, der Zeitpunkt der Entscheidung ist da.« (Le Figaro, 18.5.2018, S. 8)

Es liegt auf der Hand, dass es angesichts dieser dramatischen Situation keine einfachen Lösungen und auch kein schnelles *technical fix* gibt. Unter der Oberfläche vieler Einzelthemen liegen Grundfragen, die gleich dem Betriebssystem eines Computers einzelne Anwendungen strukturieren. Einige davon werden im Folgenden thematisiert.

### **EU – Europa, oder was? Worüber reden wir eigentlich**

Worüber reden wir eigentlich, wenn wir von Europa sprechen? Als geografischer Begriff ist das noch einigermaßen klar – wenn auch ziemlich belanglos: vom Atlantik bis zum Ural, vom Nordkap bis Zypern. Interessanter wird es, wenn es um Europa als gesellschaftliches, politisches, kulturelles Phänomen geht. Und da wird es auch gleich kontrovers. Viele setzen die EU mit Europa gleich. Aber das ist ein Alleinvertretungsanspruch, der weder historisch noch aktuell zu rechtfertigen ist. Er legt ein *Innen* und *Außen* fest ein *Wir* und *die Anderen*, und es werden Grenzen gezogen. Von den rund 50 Staaten Europas sind 27 in der EU und von den 746 Millionen Europäern leben – die Briten schon mal rausgerechnet – nur 446 Millionen in der EU.

Wegen der Ab- und Ausgrenzerei lehnte schon Rosa Luxemburg die »europäische Idee« ab: »Ebenso wie wir stets den Pangermanismus, den Panslawismus, den Panamerikanismus als reaktionäre Ideen bekämpfen, ebenso haben wir mit der Idee des Paneuropäertums nicht das geringste zu schaffen.« (Luxemburg 1911)

### **Gibt es Europa überhaupt?**

Rosa Luxemburgs Urteil bedeutet nicht, dass es so etwas wie Europa jenseits der Geografie nicht gäbe. Als gesellschaftliche Realität hat sich seit dem frühen Mittelalter ein kommunikativer, kultureller, ökonomischer und

---

<sup>2</sup> [www.tagesschau.de/ausland/juncker-interview-eu-krisen-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/juncker-interview-eu-krisen-101.html)

politischer Verdichtungsraum herausgebildet. Und dieser Verdichtungsraum lässt sich von der chinesischen, indischen und islamischen Welt deutlich als eigenständiger unterscheiden.

Bedeutende Integrationsfaktoren waren dabei das Christentum und die damit verbundene Lebensweise. Und natürlich gab es von Anfang an auch Handelswege und ökonomische Beziehungen, die die Infrastruktur und materielle Basis dieses Verdichtungsraums bildeten. So hatte z.B. schon die *Hanse* Stützpunkte von Brügge bis Nowgorod und von Stockholm bis Venedig. Auch die dynastischen Verflechtungen im Feudalismus waren ein Integrationsfaktor.<sup>3</sup> Erst recht haben dann Industrialisierung und Kapitalismus ab dem 19. Jahrhundert die Verflechtung des europäischen Raums vertieft.

Gleichzeitig war dieser Raum aber auch immer durch Widersprüche, Spaltungslinien, Konflikte und Kriege durchzogen. So war das Christentum zugleich auch Desintegrationsfaktor. Das fing damit an, dass das Schisma zwischen orthodoxer und römisch-katholischer Kirche schon zur Zeit des Deutschen Ritterordens zu Krieg führte. Der bis heute in Russland verehrte *Alexander Newski* stoppte 1242 in der Schlacht auf dem Eis des Peipussee<sup>4</sup> die Osterweiterung des römischen Katholizismus. Diese Spaltungslinie steht am Anfang der konfliktreichen Geschichte zwischen Ost und West. Um einige Größenordnungen blutiger noch waren dann die Religionskriege zwischen Katholiken und dem Protestantismus, die in einer Mischung aus Bürger- und Staatenkriegen mit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) ihren Höhepunkt fanden.

Auch die dynastischen Verflechtungen gingen immer mit Rivalität und Gewalt einher. Über die Jahrhunderte hinweg lag in Europa so ziemlich jeder mit jedem, der in militärischer Reichweite lag, mal im Krieg. Mit der Moderne war das dann praktisch der ganze Kontinent. So zogen schon im Verlauf der napoleonischen Kriege französische Truppen kreuz und quer über den Kontinent, von Lissabon bis Moskau und von der Nordsee bis zum Mittelmeer.

*Europa* war also von Anfang an eine höchst ambivalente Angelegenheit. Neben, ökonomischer und kultureller Interaktion und Integration stehen enorme Unterschiede – sprachlich, kulturell, mental usw. – und blutige Konflikte. Wir haben es mit einer widersprüchlichen Dialektik von Einheit und Vielfalt zu tun.

---

<sup>3</sup> Prominente Beispiele sind die Habsburger mit ihrer spanischen und ihrer österreichischen Linie, die deutsche Prinzessin Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, die als russische Zarin Katharina II. vor 250 Jahren u.a. die Krim für Russland eroberte, die Österreicherin Marie-Antoinette, die französische Königin wurde, oder das Haus Hannover, das in England auf die Stuarts folgte.

<sup>4</sup> Dort verläuft heute die Grenze zwischen Lettland und Russland.

### **Nicht überall wo Europa drauf steht, ist auch Europa drin**

Vielfalt und Differenziertheit bedeuten auch, dass nicht alles, was irgendwo auf dem Territorium Europas entstanden ist, auch automatisch als *europäisch* bezeichnet werden kann. Das gilt im Guten wie im Schlechten. Ein Klassiker in diesem Zusammenhang ist die Berufung auf die Aufklärung. Wenn man genau hinschaut, ist die Aufklärung keineswegs ein europäisches Produkt in dem Sinne, dass sie in ganz Europa ihren Ursprung hätte. Sie entwickelte sich vielmehr unter spezifischen, historischen Umständen, die es so nur in einem Teil Europas gab, vor allem in Frankreich, England, Holland und Deutschland. Schon in Spanien, wo die Inquisition noch hundert Jahre nach Voltaire Todesurteile fällte, existierte diese spezifische historische Konstellation nicht, ebenso wenig in Russland.

Umgekehrt gilt auch für die dunklen Kapitel der Geschichte, dass nicht alles als europäisch gelten kann, nur weil es auf dem Territorium Europas geschah. Das wird besonders deutlich am singulären Verbrechen der Shoa. Auschwitz ist exklusiv in der Verantwortung Deutschlands und kann nicht europäisiert werden. Auch die Blutspur, die Kolonialismus und Imperialismus seit dem 15. Jahrhundert über den Planeten gezogen haben, geht vor allem auf das Konto westeuropäischer Länder: Spanien, Portugal, England, Frankreich, Holland, Belgien und als Nachzügler Deutschland und Italien. Die Tschechen haben keinen Grund, sich dafür zu schämen.

### **Ist die europäische Idee progressiv?**

Gerade linke Anhänger der EU glauben oft, die europäische Idee verkörpere die progressiven Leitbilder des Internationalismus und Pazifismus. Gregor Gysi meint gar: »Die europäische Idee ist eine linke Idee.«<sup>5</sup>

Richtig ist, dass schon im 19. Jahrhundert die europäische Integration als Friedensprojekt gefordert wurde. So formulierte Victor Hugo beim Pariser Friedenskongress 1849: »Der Tag wird kommen, an dem Ihr Frankreich, Ihr Russland, Ihr Italien, Ihr England, Ihr Deutschland, Ihr alle Nationen des Kontinents – ohne Eure unterschiedlichen Eigenschaften und Eure glorreiche Eigenheit zu verlieren –, Ihr Euch in einer höheren Einheit eng verschmelzen werdet. ... An diesem Tag werdet Ihr nicht länger feindliche Stämme sein, sondern ein Volk.«<sup>6</sup>

Auch weite Teile der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts teilten Victor Hugos Vorstellung, die allerdings mit dem Ersten Weltkrieg zerschellen

<sup>5</sup> Gastbeitrag von Gregor Gysi und Jan Korte in der Frankfurter Rundschau, 26. April 2017: [www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/die-europaeische-idee-ist-eine-linke-idee/](http://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/die-europaeische-idee-ist-eine-linke-idee/)

<sup>6</sup> [ifor-mir.ch/eroeffnungsrede-von-victor-hugo-beim-pariser-friedenskongress-1849/](http://ifor-mir.ch/eroeffnungsrede-von-victor-hugo-beim-pariser-friedenskongress-1849/)

sollte, als die sozialdemokratischen Parteien als »Vaterlandsverteidiger« in den imperialistischen Krieg zogen. Es waren dann ausgerechnet »*Anti-Europäer*« wie Rosa Luxemburg, die die Vision vom Frieden in Europa aufrecht hielten.

Aber die *europäische Idee* hat auch Wurzeln, die ganz und gar nicht progressiv sind. So beklagte 1799 einer der prominentesten Vertreter der deutschen Romantik, *Novalis*, »die Mangelhaftigkeit und Bedürftigkeit der bisherigen Staats-Einrichtungen,« und wünscht sich »eine nähere und mannigfaltigere Connexion und Berührung der europäischen Staaten« in Form eines europäischen »*Staat(s) der Staaten.*« (*Novalis* 1826) *Novalis* war einer der ersten, der den Begriff Europa populär machte. Ihm ging es darum, einen imaginierten Zustand wiederherzustellen, jene »schöne glänzende Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo eine Christenheit diesen menschlich gestalteten Welttheil bewohnte. ... Die Christenheit muß wieder lebendig und wirksam werden, und sich wieder eine sichtbare Kirche ohne Rücksicht auf Landesgränzen bilden, die alle nach dem Überirdischen durstige Seelen in ihren Schoß aufnimmt.« *No border*, anno 1799, aber zugleich amalgamiert mit einer rückwärtsgewandten Utopie, die gegen die Aufklärung und gegen die französische Revolution gerichtet war. *Novalis* ist der Begründer einer konservativen bis reaktionären Strömung des Europäismus, die um zwei Leitmotive gruppiert ist: nach innen die Unterdrückung von Emanzipation und nach außen Abgrenzung und Aggressivität gegen die übrige Welt.

Politische Wirkmächtigkeit erreichte der reaktionäre Europäismus alsbald in der *Heiligen Allianz*, die nach dem Sieg über Napoleon von Preußen, der k.u.k. Monarchie und dem zaristischen Russland gegründet worden war, und der sich mit Ausnahme Englands alle europäischen Staaten anschlossen. Es war eine Periode des zwischenstaatlichen Friedens, die erst mit der 1848er Revolution zu Ende ging.

Ihren extremsten Ausdruck fand die reaktionäre Variante der europäischen Idee in der Indienstnahme durch die Nazis, vor allem als sich die militärische Niederlage abzeichnete. So behauptete Hitler, seinen Krieg als »jene europäische Mission zu erfüllen, die im Altertum einst Griechenland gegen die Perser, Rom gegen die Punier und in späteren Jahrhunderten das Abendland endlich gegen die Einbrüche des Ostens übernommen hat«. Dieses Mal ginge es darum, den »bolschewistischen Koloß« abzuwehren, im »Kampf für die Verteidigung seiner selbst und für die Erhaltung der europäischen Völkerfamilien...« (*Hitler* 1944) Und in einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes heißt es 1943: »Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung. (...) Europa

ist zu klein geworden für sich befehlende und sich gegenseitig absperrende Souveränitäten. (...) Der europäische Staatenbund muß die Gemeinschaft möglichst aller europäischen Staaten sein.« (Zitiert nach Hofbauer 2005)

Die Ambivalenz der europäischen Idee ergibt sich daraus, dass sie mit unterschiedlicher gesellschaftspolitischer, sozialer/klassenmäßiger und politischer Substanz aufgeladen werden kann. Allein aus der territorialen und staatsrechtlichen Organisationsform lässt sich nicht ableiten, ob eine Form von Vergesellschaftung emanzipatorisch, reaktionär oder sonst was ist. So macht es z.B. einen Unterschied, ob die EU quasi verfassungsmäßig als neo-liberale Konstruktion konzipiert ist (neoliberaler Konstitutionalismus) – oder ob wir es mit einer offenen Konstruktion zu tun haben, die auch einen zumindest keynesianischen wenn nicht sozialistischen Entwicklungspfad erlaubt (siehe dazu den Beitrag von Costas Lapavistas).

### Friedensprojekt EU?

Unter dem Eindruck der zwei Weltkriege bekam nach 1945 die friedenssichernde Funktion von Integration Auftrieb. Viele Pazifisten und Linke wurden zu Verfechtern einer europäischen Einigung. In der Tat ist vor allem die Überwindung der deutsch-französischen »*Erbfeindschaft*« eine Errungenschaft, die näher zu untersuchen sich gerade heute wieder lohnen würde. Denn sie enthält interessante Lehren dafür, wie man die noch immer bestehende Feindschaft mit Russland konstruktiv bearbeiten und überwinden könnte.

Tatsache ist aber, dass Montanunion/EG/EU nur die Integration Westeuropas, nicht des ganzen Europas sind. Dieser fälschlich als »europäische« Einigung bezeichnete Prozess war von Anfang an als ökonomisch-zivile Komponente der NATO der Globalstrategie der USA untergeordnet: »Geopolitisch ging es, komplementär zur NATO, um die Integration der Bundesrepublik in ›den Westen‹ in Abgrenzung zum Einflussbereich der UdSSR: ›To keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down‹, wie es in einem Bonmot aus jenen Tagen hieß.« (Fisahn 2018: 26) Die Integration führte also gerade *nicht* dazu, dass Europa geeinigt wurde.

Nach dem *Kalten Krieg* kam die Hoffnung auf, dass jetzt tatsächlich der ganze Kontinent friedlich in einem *gemeinsamen Haus Europa* zusammenleben könnte. So heißt es z.B. 1994 in einem europapolitischen Grundsatzpapier (dem legendären *Lamers-Schäuble-Papier*) aus der CDU: »Mit der Einbeziehung ostmitteleuropäischer Staaten in die Europäische Union muß eine Politik umfassender Partnerschaft zwischen der Union und Rußland einhergehen. Sie muß Rußland die Gewißheit geben – soweit dies von außen möglich ist – neben der EU als das andere politische Zentrum auf dem Kontinent anerkannt zu sein.« (CDU/CSU 1994)



Anlässlich des 100. Jahrestags des *Versailler Vertrags* war weitgehend Konsens, dass die Demütigung des Verlierers in einem Großkonflikt nicht sehr klug ist. Wenn es um Russland geht, macht sich allerdings eine erstaunliche Geschichtsblindheit breit. Es ist bemerkenswert, dass selbst manche Linke die offizielle Erzählung übernehmen, die EU sei die Verwirklichung des europäischen Traums vom Frieden – so als ob Stalingrad irgendwo im Fernen Osten, nicht aber in Europa läge.

Schon bald nach Ende des Kalten Krieges kam es zur Osterweiterung der EU und – wiederum komplementär – auch der NATO. 1999 folgte der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen das serbische Restjugoslawien. Mit der Sezession des Kosovo 2008 wurden dann erstmals seit 1945 in Europa Grenzen gegen den Willen des betroffenen Landes verändert – unter dem Schutzschirm und mit dem Segen des Gespanns EU-NATO.

Der Assoziierungsvertrag mit der Ukraine 2014 folgte der gleichen Logik. Man dachte, die unzähligen Bindungen, die in 300 Jahren gemeinsamer Staatlichkeit zwischen der Ukraine und Russland entstanden waren, könnten einfach auf die EU umgepolt oder gar gekappt werden, ohne Russland auch nur zu konsultieren. Wenn heute allenthalben der Verfall des Multilateralismus beklagt wird, die Assoziierung der Ukraine war ein Monument der Missachtung des Multilateralismus. Als dann der *Maidan-Umsturz* zur Sezession der Krim und ihre Integration in den russischen Staatsverband führte, war die Überraschung groß.<sup>7</sup> Massive Feindbildproduktion, Wirtschaftssanktionen und Säbelrasseln bestimmen seither das Verhältnis Brüssel-Moskau. Der Kontinent ist wieder tief gespalten, und die EU ist Teil des Problems, nicht der Lösung (siehe dazu auch das Kapitel *Militarisierung in Europa*).

### Die Mächtegerm-Großmacht

Einer Studie von *Price Waterhouse Cooper* (2017) zufolge wird 2050 der Anteil Chinas am globalen BIP 20% betragen, der von Indien 15%. Die USA werden auf 15% absacken und die EU auf 9%, der Brexit noch nicht mitgerechnet. Der Anteil der EU an der Weltbevölkerung wird von heute 7% auf 4% sinken. Um 1900 waren 25% der Menschen auf der Erde Europäer. Auch wenn das eine oder andere an den Prognosen nicht so eintreffen mag, ist der grundlegende Trend eindeutig. Die 500-jährige Epoche, in der Europa – und seit einiger Zeit ihr nordamerikanischer Ableger – dem Rest der Welt vorschreiben konnte, wo's lang geht, neigt sich ihrem Ende zu.

<sup>7</sup> Eine kritische Sicht auf die offiziöse Erzählung der Ukraine-Krise bietet Mearsheimer (2014). Zur völkerrechtlichen Dimension ist lesenswert Merkel (2014).

Seitdem dann noch die transatlantischen Beziehungen in der Krise sind, gibt es kein Statement mehr, in dem nicht eine Großmacht EU beschworen wird. So heißt es in einer Resolution des EU-Parlaments vom 14. Dezember 2016, »dass die EU ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten stärken muss, da sie ihr volles Potenzial als Weltmacht nur nutzen kann, wenn sie ihre einzigartige ›Soft Power‹ im Rahmen eines umfassenden EU-Ansatzes mit ›Hard Power‹ kombiniert«. Und die EU-Außenbeauftragte Mogherini meint »unsere ›Softpower‹ ist die beste der Welt« (Die Welt vom 13.7.2016).

»Einzigartig,« »beste der Welt« – da nässt er wieder durch, der alte Eurozentrismus, die dunkelhafte Selbstüberschätzung, der missionarische Eifer. Am europäischen Wesen soll die Welt genesen! Und das natürlich in der ebenso alten Kombination mit dem Kanonenboot. Spätestens hier wird deutlich: Die EU ist keineswegs die Überwindung des Nationalismus, sondern reproduziert ihn im Quadrat. Prompt fordert der deutsche Außenminister dann auch einen »europäischen Patriotismus«. <sup>8</sup>

### Die Ambivalenzen des Nationalstaats

Die wohl tiefste europapolitische Kontroverse in der Linken dreht sich um das Verhältnis von Nationalstaat zu Supranationalität der EU. Keine Podiumsdiskussion ohne den Satz: *Ich will nicht zurück zum Nationalstaat*. Die Frage tangiert grundlegende linke Wertorientierungen wie den Internationalismus und ist höchst affektiv aufgeladen.

Natürlich ist der Nationalstaat keine neutrale und risikofreie Veranstaltung. Wie jedes große Kollektiv etabliert er ein *Innen* und *Außen* ein *Wir* und *die Anderen*. Wenn dies nicht demokratisch kontrolliert wird, kann er aggressiv nach außen und repressiv nach innen werden. Aber Nationalstaat ist nicht Nationalstaat. Es ist eine germanozentrische Weltsicht, die historischen Erfahrungen mit Deutschland auf die übrige Welt zu übertragen. Dabei werden meist Nationalismus und Nationalstaat in einen Topf geworfen und Internationalismus mit Supranationalität verwechselt. Nationalismus ist eine Ideologie der Ungleichheit, die das Eigene aufwertet und das Fremde abwertet. Dass die deutsche Linke in besonderem Maße anti-nationalistisch ist, ist eine bewahrenswerte Errungenschaft. Internationalismus ist die Solidarität zwischen den Unteren verschiedener Länder. Supranationale Strukturen wie Binnenmarkt und Wettbewerb haben allerdings genauso wenig mit »europäischer Solidarität« zu tun wie der Schulterchluss mit verschwörungstheoretischer Hysterie in London im Fall Skripal, oder die Kumpanei mit den Militärinterventionen Frankreichs in Afrika.

<sup>8</sup> [www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420](http://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420)

Der Nationalstaat ist weltweit der dominierende Rahmen der Vergesellschaftung. Er ist bisher der einzige Rahmen, in dem die repräsentative Demokratie und der Sozialstaat möglich wurden. Weder ist der Nationalstaat essenzialistisch reaktionär, noch ist er per se Hort der Demokratie oder sozialer Schutzraum. Für die überschaubare Zukunft bleibt er allerdings der dominante Rahmen für Vergesellschaftung und die wichtigste Arena der politischen Auseinandersetzung – ob uns das passt oder nicht. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die Bevölkerungen der Nationalstaaten – von den USA, über China, Südafrika und Frankreich, bis Polen und Israel – nicht daran denken, ihn infrage zu stellen. Er bleibt zudem auch auf absehbare Zeit die grundlegende Kategorie des Völkerrechts und mit ihm *nationale Souveränität* und das *Prinzip der Nichteinmischung* in die inneren Verhältnisse. Zudem erfreut sich der Nationalstaat auch bei Nationen, die über keinen Staat verfügen, wie Kurden, Schotten, Palästinenser oder Katalanen ungebrochener Beliebtheit. Mit dem Nationalstaat ist es wie mit dem Kapitalismus: Man muss ihn nicht mögen, aber man muss ihn erst mal als Realität akzeptieren.

Im Zuge der Globalisierungsdebatte wird oft auch die These vertreten, der Nationalstaat sei heute sowieso obsolet. Richtig ist, dass es durch die Globalisierung zu einem gewissen Steuerungsverlust gegenüber den globalen Finanzmärkten und den Transnationalen Konzernen kommt. Aber das bedeutet keineswegs, dass der Nationalstaat ein toter Hund ist. Ein Blick auf die USA, China, Russland und viele andere zeigt, dass der Nationalstaat nicht nur quicklebendig ist, sondern auch nach wie vor enorme Eingriffsmöglichkeiten hat. Dabei zeigen die USA, dass sie nicht nur die eigenen, sondern auch ausländische Konzerne jederzeit an die Kandare nehmen können. Selbst ein kleines Land wie Australien kann es sich erlauben, den chinesischen Internetgiganten Huawei vom 5G-Netz auszuschließen.

Allerdings macht die Globalisierung ein Zurück in die Welt des 19. Jahrhunderts in der Tat unmöglich. Sie überlagert längst auch die westeuropäische Integration. Selbst wenn die EU zerfällt, werden Internationalisierung von Produktion, Handel, Finanzen und Kommunikation weiter bestehen. Die viel beklagte »*Rückkehr zum Nationalstaat*« ist eine optische Täuschung, denn der Nationalstaat ist nie verlassen worden. Allerdings muss Politik heute mehrere Ebenen bespielen: die nationale, die Eurozone, die EU, aber auch die regionale und die lokale – und die internationale bzw. globale.

### **Welche Zukunftsperspektiven für die EU?**

Die EU gleicht seit den Erschütterungen von 2008 einem baufälligen Gebäude. Risse in den Wänden, feuchte Fundamente, in mehreren Ecken hat sich schon nationalistischer Pilz in den Mörtel gefressen. Der britische Flü-

gel liegt in Trümmern und in sämtlichen Mauern steckt neoliberaler Asbest. Wie es weitergehen wird, ist ungewiss. Manche Linke meinen, so schlimm sei es nun auch wieder nicht und man könne die Schäden schrittweise reparieren, die Ölheizung durch eine Solaranlage ersetzen, die Löcher im Dach, durch die immer wieder Steuerfluchtgeld entweicht, abdichten. Sie wollen den Lohn des Hausmeisters erhöhen und plädieren für eine Demokratisierung der Mieterversammlung.

Andere wiederum halten das neoliberale Gemäuer nicht für sanierbar und schlagen einen Neubau von Grund auf vor. *Mehr Europa* unter den gegebenen Kräfteverhältnissen könne nur noch mehr Neo-Liberalismus nach innen und noch mehr Neo-Imperialismus nach außen bedeuten, argumentieren sie. Andere wollen auch das große Nachbarhaus im Osten, mit dem es immer schärferen Streit gibt, in ein Neubauprogramm einbeziehen und ein *Gemeinsames Haus Europa* errichten. Einige schlagen eine dezentrale Kombi-Lösung aus grundsaniertem und verkleinertem Hauptgebäude und nationalstaatlichen Pavillons vor, die durch eine wetterfeste Pergola verbunden sind und ohne Zaun an der Grundstücksgrenze. *Differentielle und selektive Integration mit Öffnung nach außen* heißt diese Variante im europapolitischen Jargon. Also eine Lockerung und Flexibilisierung des starren multilateralen Rahmens und seiner rigiden Regeln (Wahl 2017). Ein typischer Vorschlag in diesem Konzept kommt von dem ehemaligen Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Fritz Scharpf (2014). Er schlägt vor, dem harten Kern der EU, den sogenannten *vier Freiheiten*, den Status des Primärrechts und damit ihre Vorrangstellung zu entziehen. Allerdings stellt sich auch hier die Frage, wie durchsetzen. Aber immerhin bringen solche Vorschläge frischen Wind in die Debatte.

Tatsache ist, dass die gegenwärtige Situation der EU auf Dauer nicht haltbar ist. Anders als für etablierte Nationalstaaten ist der Fortbestand der Union eine akute und offene Frage. Tatsache ist auch, dass die EU angesichts des Problemknäuels überfordert ist. Sie verfügt nicht über die Strukturen, die Ressourcen und das Instrumentarium, die komplexen und tiefen Krisen unserer Zeit zu lösen. Sie ist auch nicht in der Lage, diese Fähigkeit in absehbarer Zukunft hervorzubringen. Sie ist nun mal kein Staat, sondern eine Mischung aus klassischem Staatenbündnis und supranationalen Komponenten. Das ist eine prekäre Schönwetterkonstruktion, deren Problemlösungsfähigkeit an ihre Grenzen gestoßen ist.

Deshalb reicht es nicht mehr, wenn die gesellschaftliche Linke die seit 30 Jahren immer gleichen Forderungskataloge aufstellt, für deren Umsetzung sie »nur« noch die notwendigen Mehrheiten benötigt. Notwendig ist Interventionsfähigkeit in die konkrete Situation hinein, hier und jetzt zu ent-

wickeln. Und das heißt auch, sich zur Zukunft der Institutionen und Verträge zu verhalten. Will man sich an sie anpassen, oder will man sie infrage stellen? Und wenn man sie infrage stellt, was soll an die Stelle des Alten treten? Nur so wird man europapolitisch aus dem Windschatten des herrschenden Europaerzählung heraustreten können und eine autonome, dritte Position zwischen rechtem Nationalismus und linksliberalem Eurofetischismus beziehen können.

### Literatur

- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (1994): Überlegungen zur europäischen Politik. 1.9.1994; [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/schaeuble-lamers-papier-1994.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/schaeuble-lamers-papier-1994.pdf?__blob=publicationFile&v=1)
- Fisahn, A. (2018): Grundlagen und Verträge, in: Mahler, H./Eberhardt-Köster, T./Fisahn, A./Wahl, P. (2018), EU in der Krise. Hintergründe, Ursachen Alternativen. Attac Basistext 56, Hamburg, S. 26
- Hitler, A. (1944): Rede zum 11. Jahrestag der Machtübernahme. In: Quellen zur Neuordnung Europas. Archiv des Nürnberger Prozesses gegen die IG-Farben; [www.profit-over-life.org/books/books.php?book=38&pageID=40&expand=no&addPage=0](http://www.profit-over-life.org/books/books.php?book=38&pageID=40&expand=no&addPage=0)
- Hofbauer, H. (2005): Osterweiterung: Hegemoniale Ambitionen der Europäischen Union. In: Das IMI-Magazin; [www.imi-online.de/2005/02/18/osterweiterung-hegem/](http://www.imi-online.de/2005/02/18/osterweiterung-hegem/)
- Luxemburg, R. (1911): Friedensutopien. in: Gesammelte Werke, Band 2, S. 491-504
- Mearsheimer, J.J. (2014): How the West Caused the Ukraine Crisis. In: Foreign Affairs. Sept/Oct; [www.foreignaffairs.com/articles/141769/john-j-mearsheimer/why-the-ukraine-crisis-is-the-wests-fault](http://www.foreignaffairs.com/articles/141769/john-j-mearsheimer/why-the-ukraine-crisis-is-the-wests-fault)
- Merkel, R. (2014): Die Krim und das Völkerrecht. Kühle Ironie der Geschichte, in: FAZ vom 7.4.2014; [www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-volkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-volkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)
- Novalis (1826): Die Christenheit oder Europa. In: Tieck/Schlegel (Hrsg.): Novalis. Schriften; Bd. 1. Berlin 1826; [www.deutschestextarchiv.de/book/show/novalis\\_christenheit\\_1826](http://www.deutschestextarchiv.de/book/show/novalis_christenheit_1826)
- Price Waterhouse Cooper (2017): The long view: how will the global economic order change by 2050? London
- Scharpf, F.W. (2014): After the Crash: A Perspective on Multilevel European Democracy, MPIfG Discussion Paper 14/21, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
- Wahl, P. (2017): Flexible Architektur, variable Geometrie, differentielle Integration. Ein emanzipatorischer Weg aus den Krisen der EU. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis; [www.zeitschrift-luxemburg.de/peter-wahl/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/peter-wahl/)

## I Autorinnen und Autoren



- Alberto Acosta*, Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Intellektueller, ehemaliger Minister für Energie und Bergbau in Ecuador.
- Samir Amin*, ägyptisch-französischer Ökonom und Kritiker des Neokolonialismus und ehemaliger Direktor des »Third World Forum« in Dakar. Er starb am 12. August 2018 in Paris.
- Joachim Bischoff*, Ökonom und Publizist, Mitherausgeber des Publikationsprojekts Sozialismus.de.
- Ulrich Brand*, Universitätsprofessor für Internationale Politik an der Universität Wien.
- Frank Bsirske*, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.
- Annelie Buntenbach*, Mitglied des DGB-Bundesvorstands.
- Klaus Busch*, Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück, europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di.
- Seán Byers* arbeitet für »Trademark Belfast«, einer Organisation der »Irish Congress of Trade Unions (ICTU)« für Forschung, politische Bildung und »post-conflict«-Transformation.
- Jeanne Chevalier*, Aktivistin von »La France Insoumise« und Beraterin von Jean-Luc Mélenchon.
- Klaus Dörre*, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Kai Ehlers*, selbständiger Forscher, Publizist und Buchautor, der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf den Wandlungen im nachsozialistischen Raum.
- Julianna Fehlinger*, aktiv bei Attac Österreich, Geschäftsleiterin der »Via Campesina Austria«.
- Andreas Fisahn*, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.
- Joachim Heier*, Mitglied des Koordinationskreises von Attac.
- Martin Höpner*, Politikwissenschaftler, Forschungsgruppenleiter am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und außerplanmäßiger Professor an der Universität zu Köln.
- Cornelia Koppetsch*, Professorin für Geschlechterverhältnisse, Bildung und Lebensführung an der Technischen Universität Darmstadt.
- Costas Lapavistas*, griechischer Ökonom, Professor an der School of Oriental and African Studies der Universität London.
- Walter Listl*, Redakteur bei isw e.V. und aktiv im Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus.
- Philipp Manow*, Professor für Vergleichende Politische Ökonomie am Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen.
- Carolin Mauritz*, Doktorandin der Soziologie, ehemalige Attac-Praktikantin, Teil einer christlich-feministischen Pfadfinderinnenschaft.

*Lisa Mittendrein* arbeitet bei Attac Österreich zu EU-Wirtschaftspolitik und Finanzmärkten.

*Stiofán Ó Nualláin*, Co-Director von »Trademark Belfast« (siehe die Angaben bei Seán Byers).

*Fritz W. Scharpf*, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln.

*Ursula Schumm-Garling* ist Professorin (i.R.) für Soziologie an der Technischen Universität Dortmund, Mitglied im Ältestenrat von DIE LINKE.

*Friederike Spiecker*, Volkswirtin und freie Wirtschaftspublizistin, regelmäßige Autorin in »Makroskop«.

*Steffen Stierle*, freier Journalist, einer der Koordinatoren des »Lexit«-Netzwerks sowie aktiv bei Attac Deutschland und der Initiative »Eurexit«.

*Ernst-Christoph Stolper*, stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

*Veronika Sušová-Salminen*, Historikerin und Russland-Expertin, lebt in Prag und Helsinki.

*Axel Troost*, Ökonom, stellvertretender Vorsitzender von DIE LINKE, Mitbegründer der »Memorandumgruppe«, Vorstandsmitglied des »Institut Solidarische Moderne (ISM)«.

*Katrin Wagner* arbeitet im »Bündnis sexuelle Selbstbestimmung« ([www.sexuelle-selbstbestimmung.de/](http://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/)).

*Peter Wahl*, Sozialwissenschaftler, Vorsitzender von Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e.V., einer der Mitbegründer von Attac Deutschland, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

*Jan Wittenberg*, Biobauer und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL).

*Andrea Ypsilanti*, bis 2018 SPD-Abgeordnete im hessischen Landtag, Mitbegründerin und Vorstandssprecherin des »Institut Solidarische Moderne (ISM)«.